



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Geplante Stellenstreichungen bei WACKER sind symptomatisch für die Lage der Industrie

28. November 2025

MÜNCHEN Der Chemiekonzern WACKER hat angekündigt, bis Ende 2027 1.500 Stellen zu streichen, der Großteil davon in Deutschland. Das Unternehmen sieht sich aufgrund einer angespannten Geschäftslage zu diesem Sparkurs gezwungen. Wie viele andere Unternehmen in der Chemieindustrie musste WACKER Mitte des Jahres den Ausblick für das Gesamtjahr nach unten korrigieren.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Die Stellenstreichung bei WACKER zeigt: Deutschland steht am Scheideweg zur Deindustrialisierung. Der Green-Deal muss gestoppt werden, sonst verlieren Hunderttausende Industriearbeiter den Arbeitsplatz und Deutschland den Wohlstand. Es nutzt nichts mehr, wenn die Mitarbeiter der Firmen gegen die Unternehmensführung demonstrieren, sondern beide gemeinsam müssen nach Brüssel fahren und gegen die verfehlte EU-Politik demonstrieren und auch die Bundesregierung zu wirtschaftsfreundlicheren Rahmenbedingungen bewegen. Der Green Deal mit immer höheren CO₂-Preisen und zusätzlich übertriebenen Vorschriften und zu hohen Kosten bricht unserer Wirtschaft aktuell auf breiter Linie das Genick. Ich habe täglich mehrere Gespräche mit Mitarbeitervertretern und Unternehmensführungen von Firmen, die hunderte und mehr Stellen abbauen müssen, weil die Produktion nicht ausgelastet und in Deutschland zu teuer ist. Es kommt noch hinzu, dass die Fördersystematik der EU dringend geändert werden muss. Es ist für den deutschen Steuerzahler nicht mehr akzeptabel, dass er mit seinen Steuergeldern die Verlagerung des eigenen Arbeitsplatzes beispielsweise nach Osteuropa finanziert, die wegen der EU höhere Fördergelder für Investitionen bezahlen dürfen als Deutschland.“

Die wirtschaftliche Lage der Chemieindustrie ist sehr angespannt, die Nachfrage am Markt schwach. Gleichzeitig verändert sich das Marktumfeld, der Wettbewerbsdruck ist hoch – insbesondere aus China. Die Bundesregierung und die EU-Kommission haben die Energiepreise explodieren lassen, ersticken Unternehmen in Bürokratie und wundern sich dann über rote Zahlen und Abwanderungspläne. Und um das Fass zum Überlaufen zu bringen, belasten unrealistische CO₂-Reduktionsziele die Unternehmen zusätzlich. Aiwanger: „Die EU muss diese Ziele schnellstens an die Realität anpassen. Sonst erreichen wir die Ziele nur, weil wir keine Industrie mehr vor Ort haben.“

Die bayerische Chemiebranche steht vor großen strukturellen Herausforderungen. Hohe Energie- und Rohstoffkosten sowie komplizierte Regeln und im internationalen Vergleich lange Genehmigungen schwächen die Wettbewerbsfähigkeit und bremsen Investitionen. Gleichzeitig verschärfen internationaler Preisdruck und Fachkräftemangel die Lage. Damit Bayern ein starker Chemie- und Industriestandort bleibt, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, schnellere Verfahren und gezielte Entlastungen bei Energie, Bürokratie und Investitionen.

Der Minister betont, dass sich die Chemieindustrie auf die Unterstützung des Freistaats verlassen kann: „Wir wollen die Chemiebranche in Bayern erhalten und stärken. Gerade in dieser herausfordernden Zeit wird Bayern noch mehr gemeinsam mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Kommunen neue Wege suchen, um Wertschöpfungsketten zu stärken, Innovationen schneller in den Markt zu bringen und Investitionen zu erleichtern. Unser Ziel ist es, die Transformation der Chemieindustrie aktiv zu begleiten – mit technologieoffenen Ansätzen und verlässlichen Rahmenbedingungen, damit Bayern wieder ein wettbewerbsfähiger Standort für die Chemieindustrie werden kann. Ende Januar findet dazu erneut ein vertiefender Austausch mit der Chemiebranche im Wirtschaftsministerium statt.“

Ansprechpartnerin:

Dr. Aneta Ufert

Stellv. Pressesprecherin

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

